

Illusion „Sozialpartnerschaft“

Die Kirche muss Opposition gegen Ausbeutung und „Partner“ für Schwache und Überflüssig-Gemachte sein

Herbert Böttcher/Ansgar Moenikes

Die katholische und die evangelische Kirche rufen zur Teilnahme an den diesjährigen (2022) Betriebsratswahlen auf¹. Dies ist wichtig, denn engagierte Betriebsräte sind wie die Gewerkschaften und soziale Bewegungen notwendig, um mehr soziale Gerechtigkeit – verstanden als Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit – für ArbeitnehmerInnen gegen die Seite des Kapitals durchzusetzen.

Partner im ideologischen Nebel

Doch hier liegt zugleich das erste Problem des kirchlichen Aufrufs. Beide Kirchen betonen: „Betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft sind Garanten für eine gelebte ökonomische und soziale Verantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft.“ Unternehmerische Freiheit und betriebliche Mitbestimmung seien keine Gegensätze, sondern bedingten einander „und ergänzen sich im Sinne eines ethisch verantwortlichen Wirtschaftens“. Hier wird impliziert und suggeriert, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite grundsätzlich „Partner“ („Sozialpartner“) seien, die das gemeinsame Ziel der „Sozialen Marktwirtschaft“ verfolgten. Für dieses Ziel trügen sie eine gemeinsame Verantwortung. Wenn dies so wäre, müssten die Arbeitnehmervertretungen nicht mehr um die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen. Verständigung und sanftes Aushandeln reichten, geht es doch um die Suche nach den besten Wegen für ein gemeinsames Ziel.

Die Wirklichkeit ist bekanntlich eine ganz andere: Prekäre Arbeit ist weiter auf dem Vormarsch. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den fleischverarbeitenden Betrieben, in den Liefer- und Zustelldiensten, in der Gebäudereinigung und vielen anderen Bereichen werden von den Konzernen häufig massiv ausgebeutet. Dabei konkurrieren diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, mit denen, die ‚überflüssig‘ sind, weil ihr ‚Humankapital‘ nicht zu verwerten ist. Angesichts der Überflüssigen sollen die – wie sie Norbert Blüm nannte – ‚Besitzer von Arbeitsplätzen‘ dankbar sein für ihren Besitz. So gesehen stehen sich „sozialpartnerschaftlich“ auf beiden Seiten Besitzende gegenüber: die Besitzer von Kapital und die Besitzer von Arbeitsplätzen. Gegenüber solch (essentieller) Gleichheit im Grundsätzlichen des Besitzer-Seins lässt sich das ‚bisschen‘ (akzidentielle) Ungleichheit in der Verteilung von Besitz und Macht besitz-partnerschaftlich vernachlässigen. Da macht es auch nichts, wenn die einen ‚Besitzenden‘ zwecks Entspannung mal in den Weltraum fliegen oder sich auf Luxusjachten vergnügen, während die soziale Wirklichkeit ihrer PartnerInnen im Besitzen sich davon krass unterscheidet.

1 Vgl. den Bericht in „Impuls. Magazin der Bewegung für soziale Gerechtigkeit“ (Mitgliedermagazin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung [KAB] Deutschlands), 01/2022, S. 10; online verfügbar unter <https://www.kab.de/service/impuls-mitgliedermagazin>.

Es sind die ‚PartnerInnen‘, die oft genug mit Armutslöhnen abgespeist werden, obwohl sie so schwer ‚malochen‘ müssen und von solcher ‚Maloche‘ nicht selten krank gemacht und ‚verschlissen‘ werden, bis sie durch frische Kräfte aus den Reihen der ‚Überflüssigen‘ ausgetauscht werden, die nun ihrerseits zu ‚BesitzerInnen‘ und ‚PartnerInnen‘ aufsteigen dürfen und für solchen Aufstieg dankbar sein sollen. Pfarrer Peter Kossen und sein Bruder Florian Kossen, Hausarzt und Internist, sprechen hier – besonders in Bezug auf die Fleischindustrie – treffend von „Wegwerfmenschen“, die die Unternehmen durch schwere und harte, massiv gesundheitsschädigende Arbeit ausbeuten und dann aussortieren, „wegwerfen“. Hier von „Sozialpartnerschaft“ zu sprechen, ist purer Hohn und ein Schlag ins Gesicht der Opfer dieser Menschenverachtung. Die Propheten in der Bibel mit ihrer scharfen Sozialkritik an den Reichen und Mächtigen würden sich im Grabe umdrehen.

Zum Glück gibt es unter den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern auch Ausnahmen (wie etwa der fleischverarbeitende Betrieb Brand in Lohne und wenige andere). Sie nutzen die Möglichkeiten, die ihnen die herrschende Politik gibt, nicht schamlos aus; sie behandeln und bezahlen ihre Arbeiterinnen und Arbeiter angemessener, stehen deshalb aber unter erhöhtem Druck der menschenwindenden kapitalistischen Konkurrenz.

Die kapitalistische Systemlogik

Und hier kommen wir zu einem weiteren, noch tiefer liegenden Problem: der Systemlogik unserer kapitalistischen Wirtschaft bzw. Gesellschaft, die z.B. im Krefelder Beschluss der KAB Deutschlands von 2017 und im Beschluss der letztjährigen (2021) Bundesdelegiertenversammlung der KAB Deutschlands treffend problematisiert worden ist. Die ArbeitgeberInnen sind dem kapitalistischen Zwang zur Vermehrung von Geld/Kapital um seiner selbst willen unterworfen. Unter diesem Zwang müssen sie in Konkurrenz zueinander bei Strafe des Untergangs für die Profitmaximierung ihres Unternehmens sorgen.

Sie erwerben Produktionsmittel wie z.B. Fabriken, Maschinen, Grund und Boden usw. und die Arbeitskraft der ArbeiterInnen. Letztere werden für die Produktion von Wert und Mehr-Wert eingesetzt. Dies ist möglich, weil die Arbeitskraft über die Zeit hinaus eingesetzt werden kann, die dem Wert ihrer ‚Re-Produktion‘ (Erziehung, Ausbildung, materielles Überleben etc.) entspricht. Auf der Grundlage der auf Wert und Mehr-Wert ausgerichteten Produktion erzielen die Kapital-BesitzerInnen im Kreislauf von Produktion und Zirkulation (Verkauf der Waren auf dem Markt) ihren Gewinn/Profit, der sich aus der Differenz zu dem ergibt, was sie in Produktionsmittel (Sachkapital und Arbeitskraft) sowie Vermarktungsstrategien investiert haben. Ein Teil der Gewinne wird wieder neu investiert. So beginnt der Kreislauf von Produktion und Zirkulation immer wieder von neuem. Diese Zusammenhänge ebenso wie die Einbindung der Einzelunternehmen in gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Produktion von Wert und Mehr-Wert verschwinden hinter den Reden von „Sozialpartnerschaft“. Es stehen sich als Käufer und Verkäufer von Arbeit eben nur formal gleiche und freie Partner gegenüber. Nur so können sie einen Kauf und Verkauf tätigen, also einen Vertrag abschließen. Real ist solch formale Partnerschaft aber durch die reale Ungleichheit der Machtverhältnisse innerhalb der unhinterfragt vorausgesetzten Strukturen des Kapitalismus zwischen Käufern und Anbietern von Arbeit bestimmt.

Marx hat zudem auf den wesentlichen Unterschied zwischen dem Kauf und dem Gebrauch (dem Einsatz, der Konsumtion) der Arbeitskraft hingewiesen. Gekauft wird sie auf dem (Arbeits-)Markt, eingesetzt (konsumiert) wird sie aber „außerhalb des Marktes“ in der „verborgene(n) Stätte der Produktion“². Hier geschieht ihre Ausbeutung, ihr Einsatz für die Produktion von Mehr-Wert. Formale Gleichheit und Freiheit gibt es aber nur bei den auf dem Markt abzuschließenden Kaufverträgen. Beim Gebrauch der Arbeitskraft kann der Käufer frei über sie verfügen wie über jede andere eingekaufte Ware – nur gebunden an rechtliche Bestimmungen.

Marx hat jedoch nicht gesehen, dass Produktion und Zirkulation von Waren zusammen mit den davon abgespaltenen Bereichen der Reproduktion den Kern kapitalistischer Herrschaft ausmachen, der Kapitalismus also mit der männlich konnotierten Produktion von Wert und Mehr-Wert und der weiblich konnotierten und abgewerteten Reproduktion ein Geschlechterverhältnis darstellt. Darin konstituieren Wert und Abspaltung zwar gleichursprünglich die kapitalistischen Verhältnisse, dennoch wird der (männliche) Wert/die Produktion auf und die (weibliche) Abspaltung/die Reproduktion abgewertet. Als „warenproduzierendes Patriarchat“ (Roswitha Scholz) ist der Kapitalismus auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Kapital/Geld ausgerichtet und untrennbar verschränkt mit den abgespaltenen, weiblich konnotierten reproduktiven Tätigkeiten (Erziehung, Pflege, Haushalt usw.), ohne die Waren nicht produziert werden und zirkulieren können³. Im Zusammenhang von Wert und Abspaltung konstituiert sich der Kapitalismus als abstrakte Herrschaft. Sie ist kein Determinismus, aus dem alle Handlungen und Erscheinungen munter abgeleitet werden können. Sie setzt aber samt den Formen von Markt und Staat, Ökonomie und Politik, Subjekt und Objekt etc. einen Rahmen, der auch nicht willentlich übersprungen werden kann. Auch die scheinbar autonomen Subjekte und ihre Freiheit können aus diesem Rahmen nicht aussteigen, sondern sind gezwungen, sich darin zu bewegen.

Spätestens hier beginnt sich der Nebel um die „Sozialpartnerschaft“ zu lüften. Die BesitzerInnen der Arbeitskraft können sie zwar formal ‚gleich‘ und ‚frei‘ verkaufen. Das Recht, über sie zu verfügen, treten sie dabei aber an ihre KäuferInnen ab. Diese erweisen sich nun als die wahren ‚Arbeitnehmer‘, indem sie die von ihnen gekaufte Arbeitskraft in ihre Verfügung nehmen. Nicht nur die Rede von Sozialpartnerschaft, sondern auch die mit ihr verbundene Rede von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschleiert die Wirklichkeit.

Die kapitalistische Gesellschaft im Dienst eines Fetischs oder Kapitalismus als Götzendienst

Das zweite, sogar entscheidende Problem des kirchlichen Aufrufs und seiner Rede von „Sozialpartnerschaft“ liegt darin, dass sie ignorieren, dass das Handeln sowohl der UnternehmerInnen als auch das ihrer „SozialpartnerInnen“, der ArbeiterInnen, eingebunden ist in das ‚Ganze‘ der kapitalistischen Gesellschaft, die auf den irrationalen Selbstzweck

2 Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, Berlin 1984, 189.

3 Vgl. Roswitha Scholz, Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und postmoderne Metamorphosen des Kapitals, Bad Honnef 2/2011.

ausgerichtet ist, Kapital/Geld um seiner selbst willen zu vermehren. Aus diesem Gesamtzusammenhang kann sich keiner der Handelnden lösen. Die Maximierung der Einzelprofite geschieht ebenso im Rahmen dieses Zusammenhangs wie der Kampf um ‚soziale Gerechtigkeit‘. Beide Seiten handeln nicht ‚autonom‘, sondern sind der ‚abstrakten Herrschaft‘ der Warenproduktion und dem mit ihr verbundenen Gesetz der Vermehrung von Geld/Kapital unterworfen. Ihrer ‚herrenlosen Sklaverei‘ kann keiner der ‚Partner‘ entkommen. Auch der Klassenkampf spielt sich im Rahmen der Spielräume ab, die von der Verwertung von Arbeit zwecks Vermehrung von Geld/Kapital gesetzt sind.

Der von dieser ‚abstrakten Herrschaft‘ ausgehende Zwang verschärft sich durch die Konkurrenz. Sie zwingt dazu, Arbeit durch Technologie zu ersetzen. Einen Vorteil in der Konkurrenz haben die Unternehmen, die schneller und billiger produzieren als ihre Konkurrenten. So wird ein Unternehmer bzw. eine Unternehmerin, der/die Erfolg haben will, eher geringen Lohn zahlen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse nutzen, während ein Unternehmer, der einen angemesseneren Lohn zahlt und im Rahmen regulärer Beschäftigung produzieren lässt, sich auf dem umkämpften Markt wird weniger erfolgreich behaupten können bzw. droht, aus dem Rennen geworfen zu werden. Umso mehr verdienen die wenigen ArbeitgeberInnen Anerkennung, die trotz des kapitalistischen Zwangs zur Profitmaximierung verhältnismäßig hohen Lohn zahlen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen, dabei aber Gefahr laufen, gegenüber der herrschenden Konkurrenz unterzugehen – insofern sie sich nicht in (Markt-)Nischen bewegen.

Mit dem Zwang, Arbeit durch Technologie zu ersetzen, wird mit der Arbeit genau jene Größe aus dem Produktionsprozess verdrängt, die Grundlage der Produktion von Wert- und Mehrwert ist. Das System der Warenproduktion gerät immer mehr in die Krise und zerstört seine eigenen Grundlagen. Das ist der Grund dafür, dass Arbeit seit den ersten Krisenerscheinungen in den 1970er Jahren mehr und mehr unter Druck geraten ist. Die Krise sollte nämlich – ganz in neoliberaler Logik – u.a. dadurch bekämpft werden, dass Arbeit billiger gemacht, rechtliche Hindernisse beseitigt und Systeme sozialer Sicherheit abgebaut wurden. Gegen die Grenzen, auf die das System der Warenproduktion als ‚abstrakte Herrschaft‘ in der Krise stößt, kann keine „Sozialpartnerschaft“, kein Kampf für soziale Gerechtigkeit und auch kein Klassenkampf ankommen.

Mit solchen Einsichten ist nicht der Resignation das Wort geredet. Im Gegenteil, die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus muss sich auf zwei Ebenen abspielen. Es bleibt weiter sinnvoll, sich für bessere Arbeitsbedingungen weltweit einzusetzen. Welche Spielräume real (noch) bestehen, lässt sich nicht einfach vorher bestimmen. Es kommt aber darauf an, ein System zu kritisieren und zu delegitimieren, das ArbeiterInnen zunehmend in Bedrängnis bringt und zudem bereit ist, die Lebensgrundlagen von Menschen, die ganze Schöpfung, dem irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Geld/Kapital zu opfern und dieses wahnsinnige System auch noch mit dem Wahnsinn eines Atomkriegs – gleichsam in einem Amoklauf des Systems – zu ‚verteidigen‘.

Aus der Einsicht, einem Fetischzusammenhang bzw. einem Götzen unterworfen zu sein, könnten sich Möglichkeiten für eine andere Art von „Sozialpartnerschaft“ auf tun. Sie könnte Gestalt annehmen im Dialog mit solchen UnternehmerInnen, die die Grenzen des Möglichen

austesten, um humanere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dabei könnte über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise, auf die ja auch die Unternehmen stoßen, gesprochen werden. Es könnte in den Blick kommen, dass die Partnerschaft innerhalb der Fetische von Arbeit und Kapital ersetzt werden muss durch eine Partnerschaft, die auf die Überwindung dieser Fetische zielt und nach anderen Weisen der Produktion und der Organisation des Zusammenlebens sucht.

Die Unterscheidung zwischen Gott und Götzen und die Befreiung von der Warenproduktion

Als Christinnen und Christen, als Kirche, könnten wir dabei an zentrale biblische Traditionen anknüpfen. Zum einen ist es die Kritik der Propheten an sozialer Ungerechtigkeit und der damit einhergehenden Spaltung in Arme und Reiche, Mächtige und Ohnmächtige. Zum anderen ist es die Unterscheidung zwischen Gott und Götzen, zwischen dem Gott der Befreiung und der Vergötzung von Herrschaft, die sich als strukturelle Sünde bzw. als „Herrschaft/Sklaverei der Sünde“ zeigt, von der Paulus im Blick auf die Herrschaft Roms spricht (Röm 6,6 ff.) – und ähnlich das Markusevangelium, die Offenbarung des Johannes und andere neutestamentliche Schriften⁴. Die Sünde der Menschen, ihr Verfehlen der Wege der Befreiung, haben sich zu einem System des Todes verdichtet, dem Menschen unterworfen sind. Umkehr ist nicht ohne die Umkehr/den Umsturz der Herrschaftsverhältnisse, ohne Bruch mit der Macht der Sünde und den Götzen, die sie legitimieren, möglich.

Von daher wäre die Aufgabe von ChristInnen eine doppelte: gegen die voranschreitende Verschärfung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen und zu versuchen, die furchtbaren Folgen des Kapitalismus in Deutschland und weltweit durch tagespolitische Forderungen (höherer Mindestlohn, Lieferkettengesetz u.a.) einzudämmen und dabei durchaus ‚partnerschaftlich‘ solche UnternehmerInnen zu unterstützen, die dabei mitwirken wollen. Zugleich aber müssen wir daran arbeiten, das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem selbst, das Papst Franziskus als „terroristisch“ und Tod bringend verurteilt, zu überwinden, hin zu einem Zusammenleben in einem „Verein freier Menschen“ (Karl Marx), der *allen* Menschen ein gutes Leben in Gottes Schöpfung ermöglicht.

Als wichtige Frage bleibt, wie wir dahin kommen. Realistisch können Alternativen nur sein, wenn sie aus den Grenzen der kapitalistischen Warenproduktion ausbrechen und sie negierend transzendieren, d.h. überschreiten. Anzuknüpfen wäre dabei an den Widerspruch, dass im Kapitalismus eine Fülle stofflichen Reichtums produziert wird, der aber nur als abstrakter Reichtum, der in der Geldform seinen Ausdruck findet, zur Geltung kommt und daher nicht in den Dienst der Bedürfnisse menschlichen Lebens gestellt werden kann. Die Produktion

4 So zeigt etwa Heinz Blatz, Semantik der Macht. Eine zeit- und religionsgeschichtliche Studie zu den markinischen Wundererzählungen, NTA 59, Münster 2016, auf, dass das Markus-Evangelium der unterdrückenden römischen Macht die dienende lebensfördernde und befreiende Macht Jesu, die an dessen Nachfolgerinnen und Nachfolger für ein gelingendes Leben weitergegeben wird, gegenüberstellt. Damit wird der geläufige Macht- und Herrschaftsbegriff, hier repräsentiert durch die Römer, konterkariert: Herrschen durch Dienen! Eine ähnliche Frontstellung gegen die Macht Roms nimmt die Offenbarung des Johannes ein; s. dazu Klaus Wengst, „Wie lange noch?“ Schreien nach Recht und Gerechtigkeit – eine Deutung der Apokalypse des Johannes, Stuttgart 2010.

stofflichen Reichtums ist in zweifacher Weise an die Geldform gebunden. Es wird nur das produziert, was sich gegen Geld tauschen lässt. Entsprechend ist auch der Zugang zu den Produkten an Geld gebunden. Auch hier zählen nicht menschliche Bedürfnisse, sondern die Verfügung über Kaufkraft. Wer hungrig ist, aber kein Geld hat, bleibt hungrig. Zwar führt der durch den Einsatz von fortgeschrittener Technik ermöglichte Produktivitätsfortschritt zur Verbilligung von Waren, untergräbt aber zugleich die nur vermittels des Einsatzes von Arbeit mögliche Produktion von Wert und Mehrwert und führt zu den bekannten Krisenphänomenen vom Sozialabbau bis hin zur Aufblähung der Finanzmärkte durch „Geld ohne Wert“ (Robert Kurz). Schlussendlich führt kein Weg daran vorbei, die Produktion stofflichen Reichtums aus ihrem Gefängnis, dem der Warenproduktion, zu befreien. Zwei Richtungen als Wege zu einer solchen Befreiung des stofflichen Reichtums aus der Warenform seien angedeutet:

Zum einen ist es wichtig, auf im Kapitalismus unerfüllbaren Forderungen zu bestehen und dafür zu kämpfen. Dazu gehört der Kampf um die Befriedigung der Grundbedürfnisse ebenso wie der gegen Billiglohn und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und für ‚öffentliche Dienste‘, kurz um alles, was angesichts des stofflichen Reichtums und des Stands der Produktivkräfte möglich wäre, aber an dem Zwang scheitert, dass stofflicher Reichtum nur als abstrakter, d.h. in die Warenform gebannter Reichtum ‚zu haben‘ ist. Weil Waren in der Konkurrenz der Einzelunternehmen produziert werden, sind die Unternehmen im Interesse der Verbilligung der Waren und der Ausweitung ihrer Märkte dazu gezwungen, Arbeit durch Technologie zu ersetzen. Genau das, was den Einzelunternehmen zunächst einmal einen Vorteil in der Konkurrenz verschafft, führt dazu, dass die gesamtgesellschaftliche Wertmasse sinkt. Das Sinken der Wertmasse verschärft seinerseits wieder die Zwänge, die mit der Produktion von Wert und Mehr-Wert gesetzt sind. Aller stofflicher Reichtum wird zu ‚Nichts‘ und muss ver‘nicht‘et werden, wenn er sich nicht in Geld zurückverwandeln lässt. Vor dem Hintergrund des Zwangs, stofflichen Reichtum zu produzieren, der sich in Geld ausdrücken und zurückverwandeln lässt, wird es in der Krise des Kapitalismus und des in ihr wachsenden Konkurrenzdrucks auch für Unternehmen, die angemessenere Löhne zahlen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen wollen, immer schwieriger, dies auch zu tun.

Daher ist es notwendig, Forderungen nach Befriedigung der Grundbedürfnisse, humanen Arbeits- und Lebensbedingungen unabhängig von ihrer Realisierbarkeit unter kapitalistischen Verhältnissen zu formulieren. Diejenigen, die sie stellen, dürfen sich nicht auf Machbarkeit bzw. Finanzierbarkeit ‚vergattern‘ lassen. Die Beweislast muss emanzipatorisch umgekehrt werden. Nicht die Fordernden müssen ‚beweisen‘, dass ihre Forderungen realistisch, d.h. im Rahmen der Warenproduktion realisierbar und finanzierbar sind. Im Gegenteil, diejenigen, die sie verweigern, beweisen das Scheitern ihres Systems an dem, was Menschen angesichts der Fülle eines möglichen stofflichen Reichtums zukommen kann.

Zugleich müssen Ressourcenflüsse und die Produktion stofflichen Reichtums so koordiniert werden, dass sie auf die Reproduktion des Lebens sowie ein genussvolles Leben ausgerichtet sind – im Einklang mit den stofflichen Möglichkeiten und der Erhaltung der Grundlagen des Lebens. Das bedarf koordinierender Planung und gesellschaftlicher Strukturen der Verständigung und schließt den Bruch mit der privaten Verfügung über die Mittel der

Produktion ein⁵. Dieser Bruch ist notwendig, nicht um das Eigentum in staatliche Verfügung zwecks einer staatlich organisierten Warenproduktion zu geben, sondern um einen Raum zu eröffnen, der entkoppelt ist vom Zwangs- und Konkurrenzcharakter der kapitalistischen Vergesellschaftung im Formzusammenhang von Wert und Abspaltung, von Ware und Arbeit, Ökonomie und Politik.

Vor diesem Hintergrund müssen wir eine prophetische Kirche werden, die wie die Propheten und wie heute Papst Franziskus die Stimme erhebt gegen Ausbeutung und Unterdrückung und eintritt für eine neue Welt, die möglich werden kann, wenn mit dem Götzen der Vermehrung des Geldes/Kapitals um seiner selbst willen und darin mit der Form abstrakten Reichtums gebrochen wird. Der von Gott als „Bild Gottes“ erschaffene Mensch (Gen 1,27ff.) ist – modern gesprochen – kein Sklave der Arbeit und des Kapitals. Er darf nicht als Mittel irgendwelchen Zwecken unterworfen werden. Die biblische Rede vom Menschen als „Bild Gottes“ erhebt Einspruch gegen die Instrumentalisierung von Menschen. Im Blick auf die kapitalistische Gesellschaft heißt das: Der „als Bild Gottes“ geschaffene Mensch steht gegen die Instrumentalisierung von Menschen durch Arbeit für den Zweck der Produktion von Wert und Mehr-Wert, gegen die ihnen zugewiesene Rolle als ‚Humankapital‘ sowie gegen seine Verbannung in den abgespaltenen Bereich der Reproduktion. Aufgabe der Kirchen wäre es, solcher Instrumentalisierung zu widersprechen und dafür einzutreten, dass Menschen – in Analogie zu Gott – unverfügbar und keinem Zweck und keiner Definition zu unterwerfen sind.

Ob die Kirchen sich zu solchen Wegen aufrufen können? Zu sehr sind sie mit sich selbst und Strategien beschäftigt, im Interesse der eigenen Selbstbehauptung zu ‚unternehmerischen Kirchen‘ zu werden, die marktkonform nach KundInnen suchen, denen sie sich andienen können. Umso mehr sind Bewegungen wie KAB, Pax Christi und Ökumenische Netzwerke gefordert, in der Aktualisierung des Taufbekenntnisses dem Bösen als dem zu widersprechen, was Leben zerstört, und dabei den Götzen der Unterdrückung widerstehend im Vertrauen auf den Gott der Befreiung Wege der Befreiung zu gehen.

5 Vgl. Krefelder Beschluss der KAB, Abschnitt 16: „Wir setzen uns für die Vergesellschaftung privaten Eigentums an natürlichen Ressourcen wie z.B. Grund, Boden und Wasser ein. Wir beginnen eine öffentliche Diskussion darüber, welche privatisierten Vermögenswerte auf dem Weg gesetzlicher Regelung in Gemeineigentum überführt werden. Dies gilt auch für die Produktionsmittel.“